

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

28.1.1932 (No. 23)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen:
Chefredakteur
G. v. E. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Abat, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Betreibung und Kontroversen fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Gemeinden in Zwangsverzug

Von Dr. Hugo Ranssen

Zwei deutsche Großstädte, Dortmund und Dresden, haben am 1. Januar ihren Finanzverpflichtungen nicht nachkommen können und Stundung bei ihren Gläubigern beantragen müssen. Die Stadt Dortmund hat außerdem den städtischen Beamten nur ein Sechstel ihres fälligen Monatsgehalts ausbezahlen können. Von einigen Landgemeinden ist bekannt geworden, daß sie ihre Zahlungen überhaupt einstellen mußten. Gewiß sind das traurige Einzelfälle, die aber die trübe Finanzlage der Gemeinden schlaglichtartig beleuchten. Es hat in der Öffentlichkeit sogar Überaschung hervorgerufen, daß die Stadt Berlin die Zinstupons ihrer Anleihen pünktlich eingelöst hat, denn auch hier hatte man Verzögerungen gefürchtet. Aber die Ursachen dieser Zahlungsstörungen braucht heute nicht mehr viel gesagt zu werden. Der Rückgang der Steuereinzünfte auf der einen, das Anwachsen der Wohlfahrtsfürsorgekosten auf der anderen Seite haben fast überall eine äußerliche Anspannung der finanziellen Mittel der Gemeinden verursacht. Wenn man überdies erfährt, daß in Dortmund schon am 15. November vorigen Jahres auf je 1000 Einwohner 285 Arbeitslose (einschließlich der Familienangehörigen) entfielen, daß also über 28 Prozent der Einwohner erwerbslos waren, so braucht man sich über die Ursachen der Zahlungsschwierigkeiten und der Finanznöte keine weiteren Gedanken mehr zu machen.

Sicherlich hat das Reich auch bisher schon den besten Willen gezeigt, die Folgen des Massennotstandes für die kommunalen Finanzen überwinden zu helfen. Es fehlt vor allem an einem bewaltigen Faktor in den Gemeindeverhältnissen, der es den Gemeinden ermöglicht, sich entsprechende Finanzquellen selbst zu erschließen oder die vorhandenen Finanzquellen stärker auszunutzen. So mußte das eintreten: Die Gemeinden mit den höchsten Wohlfahrtslasten sind nicht mehr in der Lage, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen Mittel für die Durchführung ihrer zwangsläufigen Aufgaben aufzubringen. Denn nicht nur die Zahlung der Zinsen und der Beamtengehälter steht heute in Frage, sondern vor allem auch die Auszahlung der Unterstufungen. Der Stadt Dortmund hat die preußische Regierung bereits aus einem Fonds, der zur Unterstützung mit Wohlfahrtslasten überbürdeter Gemeinden gebildet worden ist, einen Zuschuß von 500 000 Reichsmark zugewendet, um ihr die Aufrechterhaltung der Unterstufungsleistungen zu ermöglichen. Aber wie bald werden diese Fonds — soweit sie vorhanden sind — bei der Höhe des in zahlreichen Gemeinden vorhandenen Fehlbedarfs für die Sicherstellung der Unterstufungsverpflichtungen aufgebraucht sein! Mit kleinen Mitteln, mit Ausgleichs- und Zuschußfonds ist hier nicht mehr zu helfen. Nur eine gründliche und durchgreifende Reform des kommunalen Finanzwesens kann heute den Zusammenbruch der Gemeinden verhindern.

Wie dringend notwendig ein Neuaufbau der Gemeindefinanzen, die das Fundament der öffentlichen Finanzwirtschaft bilden, heute ist, geht aus dem Gutachten hervor, das der frühere Staatssekretär Professor Dr. Popitz, einer der besten Kenner des öffentlichen Finanzwesens, in diesen Tagen zur Diskussion gestellt hat. Professor Popitz vertritt, neue Grundlagen für die gemeindliche Arbeit und für das gemeindliche Leben zu schaffen. Er hat erkannt, daß ohne eine solche tragfähige finanzielle Basis eine Selbstverwaltung in Deutschland nicht mehr existieren kann. Man hat in den letzten Jahren manchmal den Eindruck gehabt, als ob in den Augen vieler diese Selbstverwaltung mehr oder weniger überflüssig, gewissermaßen selbst eine Art von Luxus oder von Überorganisation sei. Man hat sogar von dem „überlebten Idol der Selbstverwaltung“ gesprochen. Aber wie will man die Aufgaben, die bisher von den Gemeinden erfüllt worden sind, ebenso gut und dabei billiger lösen wenn die Gemeinden aus Mangel an Mitteln ihren Pflichten nicht mehr nachkommen können?

Gäbe es in Deutschland keine Selbstverwaltung, so müßte sie gerade jetzt, in der Zeit der höchsten Not des Staats und des Volkes geschaffen werden. Mit Recht schrieb der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm in diesen Tagen in der Zeitschrift des Deutschen Städtebundes, daß alle gemeindliche Arbeit von der Entwicklung der Reichspolitik bestimmt sei, daß aber auch umgekehrt die Gemeinden das Schicksal des ganzen Volkes mittragen und am schwersten daran tragen, weil alles Geschehen sie am stärksten trifft. Es gibt keine bessere Illustration für diese innere Schicksalsverbundenheit der Gemeinden mit dem Reich und des Reichs mit den Gemeinden, als die oben erzählten Zahlungsstörungen großer und kleiner

Letzte Nachrichten

Die Weltreise vor dem Völkerbundsrat

Der Bericht des Wirtschaftskomitees

WVB. Genf, 28. Jan. (Tel.) Der Völkerbundsrat hat in seiner öffentlichen Sitzung zunächst zu dem veröffentlichten Bericht des Wirtschaftskomitees Stellung genommen, dem infolgedessen eine gewisse Bedeutung zukommt, als hier zum erstenmal von einem Organ des Völkerbunds mit ziemlicher Offenheit darauf hingewiesen wird, daß die schlechte Wirtschaftslage in der Welt ihren Hauptgrund in den ungerichteten finanziellen Beziehungen der Welt habe.

Der deutsche Vertreter im Rate, Gesandter v. Weizsäcker, empfahl als Berichterstatter die Annahme. Das Wirtschaftskomitee habe — so erklärte er — mit vorbildlicher Klarheit die gegenseitige Abhängigkeit des internationalen Handels und der internationalen Finanzbeziehungen hervorgehoben. Der deutsche Vertreter zitierte die Stelle im Bericht, wo festgestellt wird, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Schuldverhältnisse ihren Verpflichtungen nur durch eine Steigerung ihrer Ausfuhr nachkommen können, was aber nicht möglich sei, weil die Gläubigerländer immer größere Hindernisse einer fremden Einfuhr entgegenstellen. Die Gläubiger wollen dadurch ihre heimische Produktion schützen, aber sie verhindern gleichzeitig die Schuldner, ihre Schulden zu bezahlen. In dem Augenblick, wo die Feststellungen des Wirtschaftskomitees allgemein anerkannt werden und die Regierungen entschlossen sind, daraus die Konsequenzen zu ziehen, wird sich ein Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zeigen. Er schloß mit dem Hinweis auf die Feststellung des Wirtschaftskomitees, daß es nicht in der Lage sei, praktische Vorschläge für die Schaffung der internationalen Handelspolitik zu machen, solange nicht die großen internationalen Finanzfragen gelöst und der finanzielle Druck beseitigt seien.

Der Vertreter Großbritanniens, Lord Cecil, stimmte den Ausführungen des deutschen Vertreters zu. Auch der Vertreter Italiens, Nitti, unterstrich die Feststellungen des Wirtschaftskomitees. Der Vertreter Chinas, Yen, benutzte diese Gelegenheit, um auf die Wirren in China hinzuweisen. Es liege im Interesse der Welt, daß der chinesisch-japanische Konflikt, der die wirtschaftliche Entwicklung Chinas lähme, beseitigt werde.

Auf Vorschlag des deutschen Vertreters beschloß der Völkerbundsrat, den Bericht mit den Bemerkungen, die von einzelnen Ratmitgliedern dazu gemacht worden sind, anzunehmen, und die Aufmerksamkeit der Regierungen insbesondere auf das Kapitel über den Einfluß der finanziellen Lage auf den internationalen Handel zu lenken.

Der Anstaltskredit für die Reichsbank

Nach dem Stillhalteabkommen

WVB. London, 28. Jan. (Tel.) Nach Auffassung des diplomatischen Korrespondenten der „Financial News“ herrscht in englischen Kreisen ein gewisses Unbehagen über die Möglichkeit, daß die Bank von Frankreich durch neue Verweigerung ihrer Beteiligung an der Krediterneuerung das Berliner Stillhalteabkommen gefährden werde.

Man fürchte in diesen Kreisen, daß es ein französisches Ziel sei, Deutschland vor die Wahl zu stellen, entweder den französischen Forderungen in der Reparationsfrage nachzugeben, oder, wenn das Stillhalteabkommen abläuft, ein Moratorium zu erklären. Der Korrespondent sagt: Es ist aber noch ein dritter Weg offen, nämlich denselben Schritt zu tun wie im September vorigen Jahres. Damals wurde bestimmt, daß solchen Gläubigern, die nicht bereit waren, an der Stillhaltevereinbarung teilzunehmen, nicht gestattet sein sollte, die Rückzahlung zu erzwingen. Schließlich waren diese Gläubiger damals gezwungen, sich den anderen anzuschließen, die der Vereinbarung zugestimmt hatten. Es ist nicht einzusehen, warum jetzt nicht dieselbe Methode gebraucht werden soll.

WVB. Paris, 28. Jan. (Brid-Tel.) „Reit Parisien“ glaubt zu wissen, daß das Moratorium der Bank von Frankreich in seiner heutigen Sitzung wahrscheinlich die Verlängerung des 25-Millionen-Dollar-Kredits, den die Bank von Frankreich seit Ende Juni 1931 der Reichsbank gewährt hat, beschließen werde. Die Verlängerung soll sich aber nur auf einen Monat erstrecken.

Otto Brauns 60. Geburtstag. Am heutigen 28. Januar wird der preussische Ministerpräsident Dr. h. c. Otto Brauns 60 Jahre alt. Er wurde im Jahre 1872 in Königsberg geboren und gehört seit 1913 der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses an. Der Reichspräsident hat Brauns in einem persönlichen Schreiben seine Glückwünsche ausgesprochen. Ebenso hat der Reichszankler gratuliert und Reichsinnenminister Gröner.

Gemeinden, die ja im Grunde genommen nichts anderes sind, als eine Auswirkung der bitteren Not des deutschen Volkes, die den Gemeinden ihre steuerliche Basis entzieht und ihnen zugleich untragbare Rückforderungen auferlegt.

* Völkerbundsorgen

Wenn man heute das Wort „Völkerbundsorgen“ hinschreibt, dann sind damit nicht nur die Sorgen des Völkerbunds gemeint, sondern noch vielmehr die Sorgen um den Völkerbund. Denn in der Tat: die letzten Jahre haben das Ansehen dieser großen Institution gefährlich verringert. Die Dinge haben sich allgemach so entwickelt, daß man schon ruhig von einer Krise des Völkerbunds sprechen kann. Es bedürfte nur noch einer großen und beschämenden Niederlage, und die Rolle, die der Völkerbund zu spielen bestimmt war, wäre praktisch ausgespielt.

Und doch war die Idee, die seiner Bildung zugrunde lag, gut. Der Gedanke, eine allumfassende, überstaatliche Organisation zu schaffen, die der Wilege des Friedens und der Verhütung des Krieges dient, mußte — zumal nach den entsetzlichen Blutopfern des Weltkriegs — auf allgemeine Zustimmung rechnen. Aber schon bei der Taufe des Kindes zeigten sich schwere Mängel. Denn ein Teil der wichtigsten Tauspaten fehlte bei diesem Akt, und zwei von ihnen, die Großmächte Nordamerika und Rußland, sind bis auf den heutigen Tag draußen geblieben. Das ist viel mehr als ein Schönheitsfehler, das ist ein fundamentaler Fehler der Konstruktion. Denn die Autorität, die dieser Völkerbund, dem zwei Großmächte gar nicht angehören, zu verkörpern hat, wird immer nur eine Teilautorität sein.

Aber noch viel schlimmer war und ist es, daß der Völkerbund seine grundsätzliche auf Frieden und Versöhnung gerichtete Tätigkeit begann, während gleichzeitig Friedensverträge sich auszuwirken anfangen, die ja nichts anderes sind, als eine Verhöhnung der Friedensidee. Und das tollste war, daß ausgerechnet diejenige Macht, die in dem einen Bezirk, im Bezirk militärischer Großmächte und brutaler Vergewaltigung, den Ton angab, gleichzeitig auch die erste Geige im anderen Bezirk, im Völkerbundsorgenzentrum, spielte, nämlich Frankreich. Man kann nicht gut den Bod zum Gärtner machen. Und es ist und bleibt im besten Falle der Stoff für eine satirische Fabel, wenn man den Fuchs bittet, den Schafen den Frieden zu predigen.

So konnte der Völkerbund gar nicht seiner Mission gerecht werden. Denn in ihm herrschte ja eine Nation, der es gar nicht darauf ankam, einen wirklichen Frieden, einen Frieden auf der Basis der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Versöhnung herbeizuführen. Was Frankreich von vornherein wollte und auch heute noch will, das ist jener merkwürdige Zustand, bei welchem sich ein ohnmächtiger und in seinen besten Teilen entwaffneter Kontinent „friedlich“ an die Knie eines bis an die Zähne bewaffneten Herrschervolkes schmiegt. So sieht der „Friedenszustand“ aus, von dem man in Frankreich begeistert ist. Das ist der „Friede“, dessen Sicherung noch neulich der französische Ministerpräsident Laval als die große Aufgabe seiner Nation hingestellt hat.

Daß solche Auffassungen nicht vereinzelt bleiben, daß sie gewissermaßen mit infizierender Kraft auch auf andere Völker einwirken, kann man sich denken. Allerdings ist in Europa selbst unter dem harten Druck der französischen Faust kaum die Möglichkeit zur Befundung von Eroberergeräten gegeben. Aber weiter vom Schuß, in Asien, konnte man leicht das gleiche Spiel treiben. Und das hat dann ja auch Japan in den letzten Monaten in gründlichster Weise getan. Und natürlich auch, ohne sich dabei im geringsten durch seine Zugehörigkeit zum Völkerbund behindert zu fühlen. Und dieser Völkerbund selbst? Er hat es bisher nicht vermocht, das Mitglied Japan zu einer Haltung zu bewegen, die dem Sinn und Wortlaut der Bundesstatuten entspricht. Und es ist fraglich, ob es dem jetzt tagenden Völkerbundsrat gelingen wird, noch in letzter Stunde eine Lösung zu finden.

Wir sagen absichtlich: in letzter Stunde. Denn die Verhältnisse im äußersten Osten spitzen sich immer mehr zu. Sie lassen klar und deutlich erkennen, daß Japan drauf und dran ist, das ganze China in irgendeiner Form seinem politischen Einfluß zu unterwerfen. Wenn erst einmal Shanghai im Besitze der Japaner ist — und das wird gar nicht mehr so lange dauern —, dann verfügt es über den wichtigsten Platz an der ganzen chinesischen Küste. Und von der Mandchurie aus, die mitten im Frieden von Japan Schritt für Schritt besetzt und annektiert wurde, kann dann jederzeit der militärische Stoß ins Herz Chinas geführt werden.

Da haben wir nun den Völkerbund, der doch gerade gegründet worden ist, um Kriege zu verhüten. Da haben wir den Kellogg-Pakt, der für ewige Zeiten die Achtung

des Krieges aussprach. Und siehe da! Sagen und Verträge sind nur ein feines Papier, wenn es einer expansionslüsternen Großmacht einfällt, sich durch kriegerische Unternehmungen ein fremdes Stück Land einzuverleiben. Fürwahr: der Völkerbundrat tagt unter schlechten Auspizien. Und die kommende Abrüstungskonferenz verhalten? Seine ganze Expansionspolitik hat zur Voraussetzung ein starkes Heer. Wird es auf dieses Machtinstrument verzichten? Sicherlich nicht!

Regierungskrise in Oesterreich

Ein Erfolg Seipels

In Oesterreich ist die Regierung Buresch am Mittwochnachmittag zurückgetreten. Dies ist ein Erfolg Seipels, der seit längerem die Entfernung des anschlussfreundlichen Außenministers Schöber, der auch gegen die Donauföderation ist, betreibt. Nachdem Buresch dem Bundespräsidenten Miklas die Demission der Regierung mitgeteilt hatte, wurde die bisherige Regierung von Miklas mit der Fortführung der Geschäfte betraut und Buresch ersucht, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen.

Buresch nahm zuerst die Verhandlungen mit den Großdeutschen auf und ersuchte sie um Beteiligung an der Regierung, erklärte ihnen aber, daß im Interesse der österreichischen Wirtschaftspolitik Schöber nicht im Außenministerium bleiben dürfe. Darauf entgegnete die Großdeutschen, für sie käme eine Beteiligung an der Regierung ohne Schöber als Außenminister nicht in Betracht. Buresch trat dann an den Landbund mit dem Vorschlag der Bildung einer Minderheitsregierung heran, die sich auf die Tolerierung der Sozialdemokraten stützen würde. Der Landbund behielt sich seine Entscheidung vor. Die Sozialdemokraten haben zu der Frage der offenen Tolerierung noch keine Stellung genommen.

Wenn Buresch von den Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik spricht, so werden damit offenbar die handelspolitischen Ideen gemeint, die unter dem Schlagwort Donauföderation zusammengefaßt werden.

In parlamentarischen Kreisen spricht man von der Möglichkeit einer Minderheitsregierung Christlich-Sozial-Landbund, da die Verhandlungen Buresch mit dem Nationalen Wirtschaftsbund zwecks Regierungsteilnahme scheiterten.

W.B. Wien, 28. Jan. (Tel.) Einstimmig kommt in der ganzen heutigen Morgenpresse zum Ausdruck, daß es sich bei dem Rücktritt der Regierung Buresch in erster Linie darum gehandelt habe, einen Wechsel im Außenministerium vorzunehmen. Der Grundton aller Kommentare, daß es um Dr. Schöber und nicht um den von ihm vertretenen außenpolitischen Kurs gegangen sei, wird je nach der Parteilichung der Zeitungen variiert.

Zuspitzung im Fernen Osten

Gemeinsame Aktion Amerikas und Englands

W.B. London, 28. Jan. (Tel.) „Morning Post“ meldet: Die amerikanische Regierung hat an die britische Regierung eine Note gerichtet, in der sie dem Vernehmen nach eine gemeinsame Aktion wegen des japanischen Vorgehens in Schanghai anregt. Die britische Regierung beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Inhalt der Note, hat sich aber noch nicht entschieden, welche Haltung sie einnehmen wird.

W.B. New York, 28. Jan. (Tel.) „Gerald Tribune“ befaßt sich heute in einer Meldung aus Washington besonders mit den Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen mit England in der Schanghai-Frage. Das Blatt hebt in einer Schlagzeile hervor, daß die Vereinigten Staaten den Boykott Japans erstreben. Auch die übrigen Blätter nehmen zu den Ereignissen im Fernen Osten eingehend Stellung.

Die Japaner landen Truppen in Schanghai

W.B. Schanghai, 28. Jan. (Neuter.) (Tel.) Gegen das heftige japanische Konsulat wurde heute früh eine Bombe geworfen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und nur geringer Materialschaden angerichtet; aber die bei den Einwohnern herrschende Nervosität ist durch den Vorfall noch gesteigert worden. Wie verlautet, hat der Gemeinderat der internationalen Niederlassung beschlossen, den Gefahrenzustand zu erklären.

Der japanische Kreuzer „Aubari“ und zwölf japanische Zerstörer trafen bei Tagesanbruch hier ein und landeten 500 Seesoldaten. Es wird geglaubt, daß heute nachmittags weitere 500 Seesoldaten gelandet werden sollen, wodurch die japanischen Marinekräfte in Schanghai eine Stärke von ungefähr 3000 Mann erhalten würden, verglichen mit 2070 britischen, 1200 amerikanischen Seesoldaten und 1000 französischen Kolonialsoldaten.

W.B. Nanking, 28. Jan. (Tel.) Das Personal des japanischen Konsulats ist an Bord eines japanischen Kriegsschiffes gegangen.

Japanische Truppen nach Chardin

W.B. Tokio, 28. Jan. (Neuter.) (Tel.) Wegen der Ermordung japanischer Staatsangehöriger in Chardin soll, wie verlautet, eine in Schanghai stationierte japanische Truppenabteilung nach Chardin geschickt werden. Einer japanischen Meldung aus Chardin zufolge stürmten gestern Abend etwa zwanzig chinesische Soldaten ein japanisches Zeitungshaus im japanischen Viertel von Chardin und zerstörten die Maschinen.

Litauische Umsturzpläne in Memel. Von neuen Plänen der litauischen Regierung, durch einen Handstreich, ähnlich wie im Januar 1923, nun auch die Selbstverwaltung des Memellandes zu vernichten, wird berichtet. Solche Pläne wurden in nationalistischen Versammlungen schon offen ausgesprochen. Man glaubt wohl jetzt, wie damals im Ruhrkrieg, die allgemeine politische Verwirrung auszunutzen zu können.

Gegen die europäischen Inflationsgerüchte über Amerika. Im Weißen Haus in Washington wurden die in europäischen Blättern geäußerten Befürchtungen über eine bevorstehende Inflation in den Vereinigten Staaten von Nordamerika als unbegründet und auf Verkennung der Sachlage beruhend zurückgewiesen. Amerika werde die erforderlichen Ausgaben, soweit sie nicht durch Einnahmen gedeckt seien, durch Ausgabe von Schatzscheinen decken und hoffe, in naher Zukunft, durch erhöhte Steuern das Defizit auszugleichen zu können.

Der neuernannte chinesische Außenminister Tschingminatschin hat sein Amt wieder niedergelegt.

Sie die Wiederwahl Hindenburgs

Bildung eines überparteilichen Ausschusses

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm ist seit mehreren Tagen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungsschichten in enger Fühlung stehen. Dr. Sahm wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der „Hindenburg-Ausschuß“ schon Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten dürfte.

Ein bayerischer Aufruf

Ferner hat ein größerer Kreis überparteilicher Persönlichkeiten aus verschiedenen Ständen und Kreisen Bayerns einen Aufruf zur Wiederwahl v. Hindenburgs erlassen. In dem Aufruf heißt es:

„Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mitbedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändler steht. Auf den Einsatz des gewaltigen Ansehens, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. Sein Ausscheiden würde schwere Parteikämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiß ist, würde den Weg für Zufallsanwartschaften freimachen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.“

Vor sieben Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutsche Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu heben. Die Reichsverfassung sieht die Volkswahl vor und damit die Kundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten.

Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mitbeeinflusst. Wir halten uns daher befugt, den ersten Schritt zu tun. Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der, wie kein zweiter, Deutschland vertritt. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.“

Wie sich aus den Unterchriften ergibt, handelt es sich um eine von nicht parteimäßig eingestellten Persönlichkeiten eingeleitete Aktion, wenn auch Kreise der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und Volkswirtschaftlichen Reichsvereinigung in der Liste vertreten sind. Bemerkenswert ist, daß sich unter den Unterzeichnern auch Persönlichkeiten befinden, die zur heutigen Reichsregierung in Opposition stehen, so etwa die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei in Bayern. Von namhaften Organisationen und Verbänden finden sich durch die Namen ihrer Führer oder maßgebender Persönlichkeiten vertreten, der Bayerische Christliche Bauernverein mit Geh. Rat Dr. Heim, der Bayerische Heimatbund durch Oberforstrat Dr. Egerich, der Bayerische Beamtenbund durch Regierungsdirektor Eymann und die deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft durch Dr. Frhr. v. Branca. Mit Dr. Ritter v. Galt und dem Senatspräsidenten i. R. Dr. Müller-Reinigen stehen die Namen zweier prominenter Führer bayerischer Sport- und Turnerverbände auf der ersten Liste der Unterzeichner.

Hilfer an Brüning

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen offenen Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler, in dem sich der Führer der NSDAP mit der Erwidrerung des Reichskanzlers auf seine (Hitlers) Denkschrift über die Frage der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten beschäftigt.

Hitler widerspricht darin in einigen Punkten der Darstellung des Reichskanzlers über die Verhandlungen in dieser Frage. Das Volkswort der persönlichen und unmittelbaren Wahl des Reichsoberhauptes — führt Hitler aus — könne seiner Auffassung nach nicht durch irgendeine qualifizierte Reichstagsmehrheit ersetzt werden. Der Grundgedanke der Weimarer Verfassung sei gewesen, dem Reichstag den vom Volke gewählten Reichspräsidenten gegenüberzustellen. Es sei klar, so meint der Führer der NSDAP, wenn eine Reichstagsmehrheit das Recht besitzen wolle, die Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten zu verlängern, dann müßte genau so gut eine andere Mehrheit das Recht haben, sie abzukürzen. Die unaussprechliche Folge einer derartigen unparlamentarischen Amtszeitverlängerung würde eine „in ihren Auswirkungen unabwehrbare“ Herabminderung des Ansehens und des Einflusses des Reichspräsidenten sein.

Sammelbeanlagen der NSDAP. beschlagnahmt

W.B. Magdeburg, 28. Jan. (Tel.) Der nationalsozialistische Sturmführer Mechaniker Zonack (Magdeburg) wurde in seiner Wohnung mit dem ebenfalls der NSDAP angehörenden Elektriker Weinhausen aus Reichsdenksachen beim Ausprobieren verbotener Fernmeldeapparate angetroffen, von denen geheimes Aufbaue der Polizei Kenntnis erhalten hatte. Zonack hatte die Apparate in der vorhergehenden Nacht von dem Elektriker Weinhausen mit einem Kraftwagen abgeholt. Die Geräte, die eine vollständige Empfangs- und Sendeanlage darstellen, wurden polizeilich sichergestellt. Gegen die Beteiligten ist ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Fernmeldeanlagen eingeleitet worden.

Ein neues Arbeitsbeschaffungsprojekt. Reichspräsident Loh hat dieser Tage in einer Versammlung von Plänen gesprochen, wonach eine Million Arbeitslose durch Beschäftigung mit umfangreichen öffentlichen Arbeiten wieder in den Produktionsprozess eingegliedert werden sollen. Wie wir erfahren, wird Loh heute mit Brüning eine Besprechung über dieses Problem haben. Loh hätte am 20. Januar in Breslau in seiner Rede bemerkt, daß solche Pläne infolge der notwendigen Kreditvermehrung zwar nicht unbedingt seien, eine Inflationsgefahr aber unter bestimmten Voraussetzungen vermieden werden könne. Hauptächlich auch in sozialdemokratischen Kreisen scheinen aber andere Projekte lebhaft diskutiert zu werden. Eines dieser Projekte läuft darauf hinaus, eine Art Gegenseitigkeitshilfe der Arbeitslosen einzurichten, indem man es ihnen ermöglicht, Gegenstände, für die bei ihnen selbst ein ungedeckter Bedarf vorhanden ist, unter Umgehung des Marktes für einander herzustellen. Die Finanzierungsfrage dieser Tauschwirtschaft wäre freilich auch erst noch zu lösen.

Sophus Michaëlis †. In Kopenhagen ist der bekannte Schriftsteller Sophus Michaëlis im Alter von 66 Jahren gestorben.

Gebners Leitgedanken für Genf

Der Kampf zwischen Machtgedanken und Rechtsgedanken

Reichswehrminister Gröner veröffentlicht in den „Blättern der Staatspartei“ einen programmatischen Aufsatz über die Abrüstungskonferenz, in dem er die Weimarer Verfassung, Versailles und die kommende Genfer Konferenz einander gegenüberstellt und als die deutsche These für Genf: Gleiches Recht, gleiches Recht und gleiche Sicherheit für alle Völker bezeichnet. Der Minister führt dann weiter aus:

Durch nichts konnte der Rechtsgedanke von Weimar schwerer getroffen werden, als daß man ihm die ursprüngliche Form der Nachanwendung, das Notwehrrecht, zwar äußerlich zubilligte, ihm aber die Mittel dazu vorenthielt. Durch nichts wurde die Freiheit mehr beeinträchtigt, als durch die wehrpolitischen Fesseln von Versailles.

Vom Rapp-Butsch über den Herbst 1923 bis zum Leipziger Prozeß von 1930 führt eine Linie, deren Ausgang in der wehrpolitischen Entrechtung Deutschlands durch Versailles liegt. Diese Erkenntnis läßt jene Ereignisse nicht entschuldigen, wohl aber begreifen.

Ein Mittel hätte es gegeben, diesen Gang der Dinge aufzuhalten, die Einlösung des Abrüstungsversprechens der Siegermächte. Denn eine allgemeine Abrüstung im gleichen Umfang und nach den gleichen Methoden, wie sie Deutschland auferlegt wurden, hätte die wehrpolitische Diffamierung des deutschen Volkes aufgehoben.

In Genf wird noch einmal der Kampf zwischen dem Machtgedanken und dem Rechtsgedanken entbrennen. Aber die Bedingungen der Auseinandersetzung werden andere sein, als vor 13 Jahren. Am Gegenjahrs zu damals wird in Genf entweder ein freiwilliger Vertrag zustande kommen, oder es wird überhaupt kein Vertrag geschlossen werden. Für Illusionen ist nach dem letzten Jahrzehnt kein Raum mehr.

Genf wird nicht nur über das Maß der Rüstungen jedes Staates entscheiden, es entscheidet auch über Versailles, und in tieferem Sinne über Weimar. Es entscheidet über die Lebensfähigkeit des Völkerbundes und die Zukunft der abendländischen Kulturwelt, deren Widersacher im Osten durchaus gewillt sind, das Erbe einer überlebten Ordnung des menschlichen Daseins anzutreten.

Darin liegt die nationalpolitische und welthistorische Bedeutung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes.

Wagemanns Geld- und Kreditreform

Der Verfasser über seinen Plan

W.B. Berlin, 28. Jan. (Priv. Tel.) In der öffentlichen Diskussion über den vom Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Prof. Dr. Wagemann, ausgearbeiteten Plan zu einer Geld- und Kreditreform ist darauf hingewiesen worden, daß diese Reform die Möglichkeit einer Inflation in sich birgt, und daß sich der Geldumlauf in wertfächerem Ausmaß und der Entwertung ausgesetztes Binnegeld halten könne. Mit dieser Kritik setzt sich nun Prof. Wagemann in dem neuesten Wochenbericht des Institutes für Konjunkturforschung auseinander.

Prof. Wagemann betont, daß sein Plan, der für das Geld der Konjunktur einen Deckungsfluß aus öffentlichen Anleihen vorsieht, nicht etwas grundsätzlich Neues bringe. Schon jetzt bestehe die Deckung der Rentenbankseine und des Münzumlauzes aus öffentlichen oder öffentlich-rechtlich begründeten Schulden. Der Reformplan gehe nur noch einen formalen Schritt weiter, indem er die Grenze zwischen Scheidgeld und valutarischem Geld anstatt bisher bei 5 RM künftig bei etwa 50 RM ziehe, wodurch sich praktisch an der Verkehrsfunktion der Geldzeichen nichts ändere. Gegenüber den Bedenken, daß mit dem Reformplan eine Doppelwährung vorgeschlagen werde, und daß neben dem gesicherten Außenwert der durch Gold gedeckten großen Noten und Giralgelder ein Defizit des Binnengeldes entstehen könnte, erklärt Wagemann, daß sich die Wertoppelung von Scheidgeld und valutarischem Geld seit Jahrzehnten bewährt habe. Eine isolierte Binnenwährung wäre nur dann denkbar, wenn die zwei Geldsorten miteinander konkurrierten, ohne daß sie gegeneinander eintauschbar wären. Im übrigen sei die Meinung irrig, daß der Außenwert einer Währung unbedingt abhängig von der Deckung der Noten sei. Der Valutafuß sei nicht eine Funktion der prozentualen Golddeckung, sondern ein Preis wie jeder andere, der sich aus Angebot und Nachfrage bilde. Die Stabilität des Marktwertes im Auslande sei daher bei der vorliegenden Neuregelung der Deckung mindestens ebenso gesichert, wie beim gegenwärtigen Zustand.

Gegenüber dem Vorwurf inflationistischer Tendenzen betont Wagemann, daß es sich bei dem Reformplan lediglich darum handle, die Deckungsgrundlage des bereits vorhandenen Geldumlauzes zu ändern, ohne daß sich an der Umlaufmenge etwas zu ändern brauche. Für die Wirkung einer bestimmten Geldmenge auf die Preise sei es gleichgültig, ob das Geld durch Gold oder andere Sicherheiten gedeckt sei.

Radikale Sparmaßnahmen in Bayern. In Verfassungskonferenz des bayerischen Landtages wurde mit 14 gegen 13 Stimmen ein denationaler Antrag angenommen, nach dem an Stelle der bisherigen sieben Kreisregierungen im rechtsrheinischen Bayern nur zwei Kreisregierungen belassen werden sollen, je eine nördlich und südlich der Donau. Ein der einen Regierung wäre dann München, während für die andere Nürnberg in Betracht käme. Die Zusammenlegung der Regierungen Niederbayern-Oberpfalz in Regensburg und Oberfranken-Mittelfranken in Ansbach, würde sich dadurch erübrigen. — Es fragt sich allerdings, ob das Plenum des Landtages zustimmen wird.

Beleidigungsprozeß gegen den Reichsländbund. Die Osthilfepolitik der preussischen Staatsregierung war der Gegenstand eines Beleidigungsprozesses, der am Dienstag in Berlin gegen den Verlagsleiter des Reichsländbundes, Dr. Walter Kluge, und gegen den Redakteur Karl Pazyna verhandelt wurde. Der Anklage lag ein Artikel zugrunde, in dem der preussischen Regierung bezwungene Sabotage der Osthilfepolitik zum Vorwurf gemacht worden war. Außerdem wurde behauptet, daß Ministerpräsident Braun „mit einer Überheblichkeit, die an Präferenzwahnsinn grenze, einfach diktierte“. Das Gericht beurteilte Pazyna zu 1000 RM. und Dr. Kluge zu 500 RM. Geldstrafe.

Keine Auflösung der Universität Gießen. Zu immer wieder auftauchenden Gerüchten über eine angebliche Auflösung der Universität Gießen teilt das Rektorat der heftigsten Landesuniversität Gießen mit, daß diese Gerüchte unwahr seien und weder Reichsregierung noch heftigste Regierung jemals die Absicht gehabt oder geäußert hätten, die Universität aufzulösen.

Die Durchführung der Notverordnung Maßnahmen gegen käufliche Durchführung der Preisentwertung

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat an die Landesbeauftragten für Preisüberwachung und an die Gemeinden ein Rundschreiben geschickt, in dem er sich mit einer Reihe von Schwierigkeiten beschäftigt, die bei der Durchführung der Preisentwertungsaktion entstanden sind.

Der Reichskommissar teilt in diesem Schreiben mit, daß in einer Reihe von Fällen die Preisverzeichnisbestimmungen nur unvollkommen befolgt werden. Er empfiehlt, diejenigen Geschäfte, die die Bestimmungen nicht befolgen, zu verwarnen und von ihnen mit einer 24stündigen Frist die Aushängung der Preisverzeichnisse zu verlangen. Weiter wendet sich der Reichskommissar gegen die Unsitte, beim Verkauf kleinerer Mengen eine unzulässige Aufzählung des Preises vorzunehmen, wie es insbesondere im Fleischerhandwerk beobachtet worden ist. Der Reichskommissar bezeichnet es als völlig unzulässig, Bruchteile von Pfennigen auf 5 oder 10 Pf. aufzurunden. Sie dürfen nur auf ganze Reichspennige aufgerundet werden. Außerdem beschließt sich das Rundschreiben mit einer Reihe von Bestimmungen, insbesondere aus wesentlichen Gründen, die sich gegen eine Erhöhung der Preise an Lohntagen wenden.

Dr. Goerdeler ermahnt, gegen diejenigen Geschäfte, die auf diese Weise die Preisentwertungsaktion durchkreuzen, gegebenenfalls mit der Androhung der Geschäftsfälligkeit vorzugehen.

Bierpreisentwertung ab 1. Februar

Die Verhandlungen mit dem Brauereigewerbe haben am Mittwoch zu einer Senkung der gebundenen Bierpreise um 2 RM je Hektoliter Vollbier ab 1. Februar 1932 geführt. Die volle Senkung des biersteuerfreien Teiles des Erzeugerteiles um 10 Prozent laut Notverordnung ist damit nicht erreicht, wäre aber auch nur bei einer damit verbundenen Steigerung des Konsums vertretbar, die gegenwärtig nicht zu erwarten ist.

Eine etwaige Verabreichung der Biersteuer wird nicht nur dem Verbraucher vollumfänglich zugute kommen, sondern auch der biersteuerfreie Teil des Brauereipreises wird dann um volle 10 Prozent gesenkt werden. Die Maßnahmen des Reichskommissars für Preisüberwachung betr. der Bruttoerwerbsteuern der Schankwirte werden durch diese Regelung nicht berührt.

Landwirtschaftliche Unfallversicherung

Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat in der Landwirtschaftlicher Unfallversicherung den Rentenaufwand von 57 Millionen Reichsmark um zwei Millionen Reichsmark für das Jahr gemindert. Diese Entlastung rechtfertigt die Erwartung, daß nunmehr alle landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften der Reichspost, welche die Renten auszahlt, rechtzeitig die notwendigen Vorstöße überweisen. Erfüllt sich die Erwartung nicht, so wird der Gesetzgeber gezwungen sein, die Auszahlung der Renten den jänigen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften selbst zu überlassen. Bei vielen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften bilden die landwirtschaftlichen Arbeiter nur einen kleinen Bruchteil der Versicherten. Die Mehrzahl der Versicherten und der Renteneinpfänger besteht aus Unternehmern und ihren Angehörigen.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing Mittwoch nachmittags Reichszankler Brüning zum Vortrag. Die im Zusammenhang mit dem Empfang in Berliner politischen Kreisen aufgetauchten Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Reichszanklers und seine Erhebung durch Brüning werden als falsch bezeichnet, da der Zankler keine Rücktrittsbefehle erteilt und sein Vortrag beim Reichspräsidenten sich lediglich auf außenpolitische Fragen bezog.

Keine neuen Gehaltskürzungen. Auf einer Tagung der Staatspartei in Dortmund teilte der „Volk. Stg.“ zufolge, der frühere preussische Finanzminister **Wölffel** mit, Reichsfinanzminister **DiETRICH** habe bindend zugesagt, daß weder neue Gehaltskürzungen noch ein neues Besoldungsgesetz kommen würden. Wörtlich habe DiETRICH erklärt: „Ich bin doch noch gesund und werde mir solche Dinge nicht auf den Hals laden.“

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Reipert**, hielt am Mittwoch einen Rundfunkvortrag, in dem er hervorhob, daß das Versäulen Dittats ein Triumph menschlicher Ungläubigkeit geworden sei, des weiteren, daß die Not Deutschlands ihre letzten Ursachen in der schlechten Weltkrise und nicht in dem heutigen System habe.

Minister Kroll geht in den Fardienst zurück. Der frühere bayerische Minister für Arbeit und Wirtschaft, **Kroll**, hat sich vor einiger Zeit um die Wiederübertragung einer Pfarrstelle beworben. Er tritt somit in den Fardienst zurück.

Der Bombentattäter **Kapfengst** wurde in Altona zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die **Änderzahl nach dem religiösen Bekenntnis.** Nach den amtlichen statistischen Erhebungen kamen in den Jahren 1920 bis 1926 auf 100 katholische Ehen 273 Kinder, auf 100 evangelische 195 und auf 100 jüdische 169 Kinder. Wesentlich niedriger sind die Änderzahlen in den gemischten Ehen. So kamen auf 100 katholisch-evangelische Ehen 121 und auf 100 christlich-jüdische Ehen nur 58 Kinder.

Kleine Chronik

Bei der Ausfahrt eines Personenzuges sprangen Mittwoch abend am Bahnhof **Kamphausen** (Saargebiet) zwei verummte Gestalten in den Bahnhofsverkehr, hielten den Beamten mit einem Revolver in Schach und raubten einen Postfach mit 95 000 Francs Inhalt. Kurz vor der Einfahrt des Zuges in den Bahnhof **Neubaus** sprangen die Räuber ab und entkamen.

Die Strafkammer **Bremen** hat beschlossen, den Haftbefehl gegen **Karl Lahusen** aufrechtzuerhalten.

Die Hoffnung, das verschollene englische U-Boot „M 2“ noch rechtzeitig bergen zu können, schwindet immer mehr. Die Nachforschungen sind während der ganzen Nacht mit größtem Eifer fortgesetzt worden, blieben aber ohne jeglichen Erfolg.

In **Strich** ist auf einer Geschäftsreise der bekannte **Frankfurter Großindustrielle Harry Fuld**, 53 Jahre alt, plötzlich gestorben. Fuld war der Gründer der **Kriegs (Deutsche Privat-Telephon-Ges.)**, die er dann zu dem **Fuld-Konzern** ausbaute, der heute etwa 5000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Am ehemaligen **Kampfengebiet von Arras** wurden die Leichen von 142 französischen und 66 deutschen Soldaten gefunden.

Eine mehrstündige **Schießerei** entspann sich in den Straßen **Rembergs** zwischen Polizeilagerten und einem **Schwerwundverbrecher**, der sich in einen Schuppen verschlang, von dem aus er auf mehrere Beobachter auf die ihn belagernden Polizisten schoss. Bis er endlich durch eine schwere Verwundung kampfunfähig gemacht und tödlich verletzt wurde.

Die Reichssteuereinnahmen vom Oktober bis Dezember

W.B. Berlin, 28. Jan. (Tel.) Im Monat Dezember 1931 betragen (in Millionen Reichsmark) die Einnahmen des Reiches bei den Besitz- und Verkehrssteuern 262,0, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 212,1, im ganzen 474,1. In den Monaten **Oktober bis Dezember 1931**, dem dritten Viertel des Rechnungsjahres 1931, sind sonach an Besitz- und Verkehrssteuern 1132,7 aufkommen, an Zöllen und Verbrauchsabgaben 704,3, insgesamt 1837,0. Im vorhergehenden zweiten Vierteljahr des Rechnungsjahres 1931 betragen die Einnahmen aus den Besitz- und Verkehrssteuern 1301,8, aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben 737,5, zusammen 2039,3, sonach 108,3 mehr als im dritten Viertel.

Badischer Teil Angerechtfertigte Angriffe auf das Justizministerium

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird uns geschrieben:

** In Nr. 19 der „Arbeiterzeitung“ vom 23. Januar d. J. wird die Haftentlassung des wegen Betrugs in erster Instanz zu 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und 10 000 RM verurteilten Kaufmann **Hans Scharf** in Mannheim kritisiert und der Justizminister und die Regierung für „solche Strafvollzugsmethoden“ verantwortlich gemacht.

Demgegenüber ist festzustellen, daß es sich hier nicht um eine Strafvollzugsmaßnahme handelt. Das Urteil gegen **Scharf** ist noch nicht rechtskräftig. **Scharf** befand sich in Untersuchungshaft gegen Sicherheit bei nicht der dafür gar nicht zuständige Justizminister, sondern das Oberlandesgericht verfügt. Dem Justizminister war und ist irgendeine Einflusnahme auf das anhängige Verfahren durch den Grundsat der richterlichen Unabhängigkeit verjagt.

Verbot der nationalsozialistischen Zeitungen „Seidelberger Beobachter“ und „Sakentzenbanner“

** Auf Grund der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen ist die in **Seidelberg** erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „**Seidelberger Beobachter**“ vom Minister des Innern mit Wirkung vom 28. Januar auf die Dauer von 5 Tagen verboten worden. Anlaß zu dem Verbot gab ein in der Nr. 21 vom 26. Januar veröffentlichter Artikel mit der Überschrift „**Herr Brüning ist überlastet**“, durch den der Reichszankler **Dr. Brüning** wiederholt in böswilliger Weise verächtlich gemacht wurde.

Auf Grund der gleichen Verordnung wurde auch die in **Mannheim** erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „**Sakentzenbanner**“ auf die Dauer von 5 Tagen verboten, welche in ihrer Nr. 21 vom 26. Januar den gleichen beleidigenden Artikel gegen den Reichszankler veröffentlicht hatte.

Statistisches aus der Evang. Landeskirche Badens

Am 1. Januar 1932 bestanden in der Evang. Landeskirche Badens 476 Pfarreien (neben 22 Stellen für landeskirchliche Pfarren ohne Gemeindeamt). Davon waren 437 Pfarreien besetzt, 14 nachbarlich oder durch Pfarren im Nebenstand versehen und 25 verwaist; 3 Stellen für landeskirchliche Pfarren waren unbesetzt. — Erlebte wurden im Laufe des Jahres 1931 43 Pfarreien, und zwar durch Vererbung oder andere Verwendung des Inhabers 26, durch Zurückbehaltung 10, durch Entlassung 2, durch Tod 2 und durch Verzicht 3, ferner 1 Stelle für Pfarren der Landeskirche. — Besetzt wurden 49 Pfarreien, und zwar durch Gemeindevwahl 25, durch Ernennung seitens der Kirchenregierung nach § 95 W.B. 9, nach § 66 4 und nach § 89 1. Durch den Patron wurden 10 Pfarreien besetzt, ferner wurde 1 Stelle für Pfarren der Landeskirche neu besetzt.

Zu der Zahl von 437 Pfarren kommen 19 Pfarren der Landeskirche, 9 Pfarren, die für den Dienst in Vereinen und Anstalten, insbesondere der Inneren Mission beurlaubt sind, 4 aus den Geistlichen der Landeskirche hervorgegangene Pfarren an Staatsanstalten und 25 ebenbürtige Religionslehrer (staatliche Professoren). — Amtierende Geistliche waren am 1. Januar 1932 136 vorhanden, davon 129 im Dienst der Landeskirche, 3 als unständige Religionslehrer an höheren Lehranstalten und 3 nicht im Dienst der Landeskirche verwendet. Die Gesamtzahl der Pfarren und unständigen Geistlichen beträgt demnach 690. Hinzu kommen noch 7 Pfarrkandidatinnen, von denen 3 als Pfarrgehilfinnen, 2 als unständige Religionslehrerinnen, 1 als Gemeindeführerin und 1 noch nicht verwendet sind. — Im Jahre 1931 sind aus den beiden Hauptprüfungen 41 Geistliche zugegangen, dazu fanden 3 sonstige Aufnahmen und Wiederannahmen statt. Der Gesamtzuwachs betrug 44 gegenüber 21 im Vorjahre. — Gestorben sind 2 Pfarren im Dienst und 5 Pfarren im Ruhestand. In den Ruhestand versetzt wurden 11 Pfarren, entlassen bzw. auf Ansuchen entlassen 9 Geistliche. — Zum Kirchenrat ernannt wurde 1 Geistlicher.

Verkehrswerbung Baden-Elsaß

Die Verkehrsgemeinschaft **Schwarzwald-Baden-Elsaß-Rheinfall** (Eis Triebweg) wird am 29. Januar mit einer großen Werbestellung in **Kehl** vor die Öffentlichkeit treten. Wertenswert ist, daß sich auch **Strasbourg** führende Kreise im Interesse einer Belebung des Verkehrs **Strasbourg-Schwarzwald-Baden-Elsaß** beteiligen werden. Die Tagung sieht einen großen öffentlichen Vortragabend im Uniontheater in **Kehl** vor, bei dem u. a. Direktor **Deitell** aus **Schaffhausen** einen Vortrag halten wird mit **Waldbrunn**. Außerdem wird ein großer Film „Der schaffende Rhein“ gezeigt (der Rhein von der Quelle bis zur Mündung). Am gleichen Tage finden vormittags und am Nachmittag Sitzungen des Vorstandes im Rathaus in **Kehl** und Besprechungen mit den leitenden **Strasbourg**er Persönlichkeiten in **Strasbourg** statt.

Nr. 7 des badischen Gesetz- und Verordnungsblattes vom 27. Januar 1932 enthält Verordnungen des Ministers des Innern über **Kodierung der Realsteuerperre**; des Ministers des Kultus und Unterrichts über **Bolllag** von § 28 Absatz 1 Ziffer 3 des Steuerverteilungsgesetzes vom 7. Juli 1926 in der Fassung des Folgegesetzes vom 9. Juli 1931.

Verordnung über Kodierung der Realsteuerperre

Auf Grund des Kapitels V des 7. Teiles der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten hat der Minister des Innern nach Benehmen mit dem Minister der Finanzen eine Verordnung erlassen, die in ihrem § 1 folgendes bestimmt:

Zur Herstellung des **Ausgleichs im Gemeindehaushalt** können Gemeinden, die für das Rechnungsjahr 1931 nach den Vorschriften über Realsteuerentwertung Grund- und Gewerbesteuer nicht erheben dürfen, durch einen Nachtrag zum Gemeindehaushalt die Erhebung von Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1931 beschließen. Dabei dürfen jedoch nicht mehr als 44 Hunderteile der Steuergrundbeträge nach § 58a Absatz 1 des Grund- und Gewerbesteuererhebungsgesetzes erhoben werden.

§ 2 besagt: Ist in einer Gemeinde der für das Rechnungsjahr 1931 tatsächlich zur Erhebung gelangende Steuerfuß:

a) für das Grundvermögen oder für eine Gruppe desselben niedriger als 90 Pf.,

b) für das Betriebsvermögen niedriger als 34 Pf.,

c) für den Gewerbeertrag oder einzelne Stufen desselben niedriger als 526 Pf., so können, wenn auf andere angemessene Weise der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben im Gemeindehaushalt für das Rechnungsjahr 1931 nicht herzustellen ist, die Steuerfüße durch einen Nachtrag zum Gemeindehaushalt für jede Steuergruppe höchstens um ein Viertel des Unterschieds zwischen den oben bezeichneten Landesdurchschnittssätzen und den tatsächlich zur Erhebung kommenden Steuerfüßen erhöht werden.

Auf die nach den §§ 1 und 2 festgesetzten Steuerfüßen finden die Senkungsvorschriften nach der Verordnung des Staatsministeriums vom 21. März 1931 keine Anwendung.

Die Beschlüsse nach §§ 1 und 2 bedürfen der Genehmigung des Ministers des Innern im Benehmen mit dem Minister der Finanzen. Die Erteilung der Genehmigung wird jedoch den **Staatsaufsichtsbehörden** übertragen, soweit nicht in einer Gemeinde die bestehenden Steuerfüße in einer oder mehreren Steuergruppen den Landesdurchschnitt übersteigen, oder die Steuererhöhung eine Umlegung von Gemeindegebühren auf die Mieter zur Folge hätte. Die obige Verordnung tritt sofort in Wirksamkeit und wird mit dem Ablauf des 31. März 1932 wieder außer Kraft gesetzt.

Die Lage im badischen Weinbaugebiet

Aber die Lage im badischen Weinbaugebiet beruht die Zeitschrift des Badischen Weinbauinstituts „**Weinbau und Weinwirtschaft**“ folgendes:

Bei der günstigen Witterung werden manche Höfen derherausgehauen und der Boden für Neuanlagen mit Pflanzreben rigolt. Auch sonst werden viele Nebflächen für den Neuanbau mit Pflanzreben vorbereitet, wobei Masenträger wie **Wälter**, **Thurgau**-Rebe bei den Nebbestellungen bevorzugt werden. Die Winterbodenbearbeitung wird jetzt dort nachgeholt, wo der Frost die Arbeiten unterbrochen hat. Große Flächen erhalten aber überhaupt keinen Winterbau, um an Geld zu sparen. Stellenweise, wie im **Kaiserstuhl**, hat man mit dem Nebschnitt begonnen.

Die Weine sind jetzt abgelassen und haben schon sehr viel Säure verloren. Im Weinverkauf ist nicht viel Bewegung. Es werden von den Gastwirten, die sich im Herbst nur mit kleineren Mengen eingebedt haben, immer wieder Käufe abgeschlossen, aber meist nur in kleinen Mengen. Für die 1931er Weine werden am südlichen und westlichen **Kaiserstuhl** je nach Qualität 27 bis 40 RM und am übrigen **Kaiserstuhl** 20 bis 24 Reichsmark je Hektoliter bezahlt. Am südlichen **Kaiserstuhl** ist der meiste Wein ausverkauft. Die **Kaiserstühler** **Binger**-genossenschaften, die schon sehr große Mengen Wein abgesetzt haben, verkaufen Konsumwein in Literflaschen abgefüllt zu 40 Pf. je Liter ohne Glas. In der **Markgrafschaft** werden bezahlt in **Schaffsbach**-**Dollensweiler** 35 bis 38 RM, in **Seitersheim** 25 bis 28 RM, in **Wittnau**, **Ertingen** und **Norsingen** 32 Reichsmark, in **Archhofen** 37 bis 40 RM, in **Wetzhausen** 40 bis 44 RM, für Weine der oberen **Markgrafschaft** 36 bis 42 Reichsmark und für **Kandertaler** Weine 27 bis 30 RM je Hektoliter.

Aus der badischen Landwirtschaft

Forderungen der Hohenwaldbauern. Auf einer am Sonntag in **Säckingen** veranstalteten Notkundgebung wurde von den anwesenden Landwirten eine Entschließung einstimmig angenommen, die zur Beseitigung der Not der **Hohenwaldbauern** fordert: 1. Beseitigung der russischen Holzeinfuhr; 2. Verwendung von nur deutschem Holz für staatlich unterstützte oder Staatsbauten; 3. Wiederermöglichung der Holz- und Viehausfuhr nach Frankreich; 4. Angleichung der Preise für Vieh und Vieherzeugnisse an das Getreidepreinsniveau; 5. Freistellung der viehwirtschaftlichen und Milchzeugung von der erhöhten Umsatzsteuer; 6. sofortige Anwendung des § 38 des Reichsmittelgesetzes für das **Oberreingebiet**; 7. Beseitigung der in der badischen Notverordnung verfügten Ermäßigung des Staatsanteils im Aufwand des Viehverversicherungsverbandes von 60 auf 40 Pf.

Tagungen

Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband. Der land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband für Baden e. V. hielt am Mittwoch in **Karlsruhe** seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Auch Vertreter der Staatsbehörden, der Landwirtschaftskammer und befreundeter Organisationen waren anwesend. Der Vorsitzende, **Dr. v. Bogau**, betonte in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit eines festen Zusammenhalts der Arbeitgeber in der Land- und Forstwirtschaft. Geschäftsführer **Dr. Schend** ging in seinem Tätigkeitsbericht von den Auswirkungen der Vierten Notverordnung auf die Tariflöhne aus und wies darauf hin, daß die Löhne in der Landwirtschaft eine weit höhere Rolle als in anderen Erwerbszweigen spielten. Sie machten dort 40 bis 50 Prozent der tatsächlichen Ausgaben aus. Hohe Löhne zu zahlen sei der Landwirtschaft unmöglich, soll sie nicht vollends erliegen. **Dr. Schend** erinnerte an die Schwierigkeiten der Beschaffung ländlicher Arbeitskräfte. Man hoffe, solche aus der **Mähren** und **Schlesien** herinzubekommen. **Präsident Schill** vom Bauernverein gab Aufschluß über den Umfang der landwirtschaftlichen Unfallversicherung in Baden. Durch die Notverordnung (Aufhebung der Renten bis zu 20 Prozent) kamen 12 696 Renten in Wegfall, was eine monatliche **Minderausgabe von 66 000 RM** bedeutet. Es laufen jetzt noch 20 957 Renten. Damit ist der Stand vom Jahre 1926 erreicht. Die Umlage dürfte gegen das Vorjahr um ein Drittel ermäßigt werden. Der **Voranschlag für 1932** wurde auf der Grundlage eines um 20 Prozent ermäßigten Mitgliedsbeitrags genehmigt. Ein sehr interessanter Vortrag des **Prof. Dr. Wehrle** von der **Technischen Hochschule Karlsruhe** über „Die Krisis des Geldes, ihre Folgen und Forderungen für die landwirtschaftlichen Arbeitgeber“ bildete den Abschluß der Tagung.

Gemeinderundschau Bürgerausschuß Karlsruhe

Revision der Jahresrechnungen — Die Tarifermäßigungen

Die fünfeinhalbstündige Sitzung des Karlsruher Bürgerausschusses am gestrigen Mittwoch hatte als Hauptpunkt die Ermäßigung der städtischen Tarife auf der Tagesordnung. Erörtert wurde zunächst die Revision der städtischen Jahresrechnungen der Jahre 1925, 1926 und 1927, an deren Schluß eine von allen Parteien in der Aussprache unterstützte Entschließung angenommen wurde, die sich dagegen wendet, daß den Städten die Revision der städtischen Rechnungen durch den badischen Rechnungshof abgenommen und dadurch einer der wichtigsten Pfeiler der kommunalen Selbstverwaltung beseitigt werde.

Zunächst führte Bürgermeister Sauer den Vorsitz, weil in einem kommunalistischen Antrag Angriffe gegen die Person des Oberbürgermeisters enthalten waren. Der Vorsitzende teilte mit, daß diesmal, den Wünschen aus dem Bürgerausschuß entsprechend, versuchsweise das Rednerpult weggelassen worden sei, so daß jeder Redner von seinem Platz aus zu sprechen habe.

Stadtv. Rothweiler, der Vorsitzende der städt. Rechnungsprüfungskommission, berichtete, daß alle Rechnungen bis zum Jahre 1919 nun abgehört seien. Man hoffe im Laufe des nächsten Jahres auf den laufenden Stand zu kommen. Der Redner wandte sich gegen die geplante Neuordnung des Revisionswesens der badischen Städte, welche zu den bisherigen Vorurteilen eine neue füge. Der Stadtvorstand wolle verlangen, daß das Recht der Kontrolle unter allen Umständen den Gemeinden verbleibe. Der Redner bezeichnete verschiedene kommunalistische Anträge, die sich mit Vorkommnissen aus früherer Zeit beschäftigen, als gegenstandslos; die Anträge hätten im Prüfungsausschuß zur Verhandlung gestellt werden sollen.

Sehr ausführlich begründete der kommunalistische Redner Niedinger die Anträge seiner Fraktion, die lediglich eine Reihe von Verhöfen zur Erörterung bringen wollten. Es handelte sich um die Beschaffung von Personenzugwagen durch eine Reihe von Dienststellen, die seinerzeit sehr unbestimmten vorgingen, um Vergütungen und Aufwandsentschädigungen für städtische Beamte, um Kredite des städtischen Milchamts an den Arbeiterkassenverband und andere Vorkommnisse bei diesem Amt, sowie um die Aufbringung der Kosten für den Umbau der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters. Der demokratische Redner Kessler erklärte, daß diese Dinge, die zum Teil schon 5 Jahre zurückliegen, auf die Folgen des Ansturzes und des Durcheinanders früherer Zeiten zurückzuführen seien. Bürgermeister Sauer sagte Unterbrechung gewisser Vorgänge bei der Milchzentrale zu. Stadtv. Wild (Zentr.) wies darauf hin, daß alles, was der kommunalistische Redner vorbrachte, von der Rechnungsabhör aufgegriffen worden sei. Was noch nicht erledigt worden sei, befände sich im Stand der Unterbrechung. Der Redner wandte sich gleichfalls gegen die geplante Änderung der kommunalen Rechnungsrevision. Karlsruhe habe keine solche Politik betrieben, daß derartige Eingriffe in die Selbstverwaltung gerechtfertigt seien. Es könne mit der Lastenverschiebung zugunsten der Gemeinden nicht so weitergehen wie bisher, so z. B. daß Leistungen der Krankenkassen eingeschränkt und dafür der städtischen Wohlfahrtspflege auferlegt würden. Stadtv. Köpfer (Sozdem.) erklärte, wenn davon gesprochen worden sei, daß Schuppen verkauft und dafür Rechnungen für die Ausbesserung der Wohnung des Oberbürgermeisters bezahlt worden seien, so sei festzustellen, daß der Oberbürgermeister zunächst da ein nicht gewohnt und dann sofort die Einstellung der Arbeiten von ihm angeordnet worden sei. Es habe sich um ein Haus gehandelt, das die Stadt sozusagen geschenkt erhalten habe und in dem ein Ausbau dringend notwendig gewesen sei. Der Milchhändlerstand habe durch seine Konzessionierung gewisse Verluste erlitten, er sei der einzige Stand, der seine Verdienstpanne gehalten habe. Der Arbeiterkassenverband habe die Belieferung der Industriebetriebe mit Milch übernommen. Das Kreditgeben sei auch im Milchgeschäft allgemein üblich. Durch die Darlehenshingabe an den Samarkiterbund sei die Stadt um keinen Pfennig geschädigt worden. Bürgermeister Sauer erklärte, daß die städtischen Beamten angewiesen seien, die Rechnungsabhör zu unterstützen. In allen Fällen, wo etwas zu beanstanden sei, sei das Erforderliche gegen die betreffenden Beamten eingeleitet.

Die Anträge der Kommunisten wurden schließlich nach zweistündiger Debatte gegen die kommunalistischen Stimmen abgelehnt, die Entschließung gegen die Übernahme der Rechnungsprüfung durch den badischen Rechnungshof einstimmig angenommen.

Hierauf wurde die monatliche Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Stadtrates von bisher 86 M auf 80 M ab 1. Januar 1932 festgesetzt.

Es folgte eine sehr ausführliche Aussprache über die Senkung der Tarife der Straßenbahn sowie der Gas- und Strompreise und der Schlachthofgebühren. Die städtische Vorlage sah vor, daß bei der Straßenbahn ein Kurztarif von 15 Pf eingeführt werde, und daß die Gas- und Strompreise um 1 bis 2 Pf gesenkt würden.

Oberbürgermeister Winter erklärte, der Stadtvorwaltung falle es außerordentlich schwer, eine Tarifsenkung selbst im kleinsten Ausmaß vorzunehmen, da der Fehlbetrag immer mehr anwachsen und fast unüberwindliche Schwierigkeiten beständen, den Etat auszugleichen. Eine Änderung des Tarifsystems, wie es einige Anträge forderten, sei unmöglich. Die Werte bilden eine starke Stütze für die städtischen Kassen. Die Lage der Stadt verbiete eine weitere Ermäßigung der Tarife, da sonst neue Steuern drohen. Schon jetzt sei ein Defizit von 500 000 Reichsmark eingetreten. Auch der Preiskommissar habe erklärt, daß die städtischen Werte nur so weit ihre Tarife senken können, als es die Lage der städtischen Finanzen zulasse. Die Städte können nicht auf die Überschüsse dieser Werte verzichten. Andernfalls sei die Unterstützung der Arbeitslosen in Frage gestellt. Die Enttäuschung der Bevölkerung über die geringe Senkung sei zu verstehen, aber es bleibe kein anderer Weg. Die Karlsruher Tarifsenkung sei vom Preiskommissar bereits genehmigt und auch das Finanzministerium habe die Beförderungssteuer erlassen. Die Straßenbahn sei heute ein Defizitbetrieb geworden. 719 000 M betrage der Ausfall, derjenige im nächsten Jahre über 1 Million. Jede weitere Senkung müsse das Defizit vergrößern. Die Wirkungen der Preisentfaltungen wurden vielfach überschätzt. Auch erhebliche Preisentfaltungen bei Gas und Strom würden sich bei den Verbrauchern nicht wesentlich bemerkbar machen, dagegen würden diese den ganzen Haushalt der Stadt auf das schwerste gefährden. Der Lichtstreifen der Ladenbesitzer sei unverständlich, da für Schaufensterbeleuchtung der Preis für Strom schon auf 6 bzw. 5 Pf herabgesetzt worden sei. Der verbilligte Nachtstrom soll schon eine Stunde früher, ab 7 Uhr, geliefert werden. Der Stadtrat suche aber den Weg für neue Vergünstigungen.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Rednern die vorgelegene Senkung der Gas- und Strompreise als viel zu niedrig bezeichnet.

Da augenscheinlich eine Einigung nicht zu erzielen war, zog der Stadtrat seine Vorlage über die Senkung der Schlachthofgebühren zurück. Einstimmig angenommen wurde die Tarif-

setzung bei der Straßenbahn und beim Gasbezug, während die Vorlage über die Strompreisentfaltung gleichfalls vom Stadtrat wieder zurückgezogen wurde. An ihre Stelle trat eine Herabsetzung der Zählermiete um die Hälfte des bisherigen Betrages, der mit großer Mehrheit zugestimmt wurde. Sie bringt den kleineren Stromverbrauchern eine stärkere Entlastung. Der neue 15-Pf-Kurztariftarif bei der Straßenbahn tritt am Montag, den 1. Februar in Kraft. Nächstens wird sich der Stadtrat mit der Ermäßigung der Kanal- und Müllabfuhrgebühren beschäftigen, die zum 1. April Wirksamkeit erlangen soll.

Die Sitzung, die sich bis in die zehnte Abendstunde hingog, verlief durchaus ruhig und ohne jede Störung.

Nachkänge zum Mannheimer Bürgerausschußstreit. In einem Schreiben hat die nationalsozialistische Fraktion des Bürgerausschusses dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß sie Strafanzeige gegen die sozialdemokratischen Bürgerausschußmitglieder Trumpf, Dettling und Genossen gestellt haben. Aber auch von sozialdemokratischer Seite ist Strafantrag gegen mehrere Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion gestellt worden. Der Stadtrat wird sich in seiner Sitzung am Donnerstag über die Frage, wie die unerledigt gebliebenen Tarifsenkungen behandelt werden sollen, schlüssig werden. Es ist anzunehmen, daß nach den Erfahrungen in der letzten Sitzung des Bürgerausschusses das Plenum einstimmig nicht einberufen werden wird.

Eine Feststellung. Wir meldebien aus Herbolzheim die Amtsenthebung von Mitgliedern der Gemeindevertretung. Um einer Verwechslung zu begegnen sei festgestellt, daß es sich um Herbolzheim im Amt Emmendingen (nicht Rosbach) handelt.

Aus der Landeshauptstadt

Verbilligung der Schlafwagenarten. Eine Verbilligung der Schlafwagenarten erster und zweiter Klasse sowie der Liegekarten um durchschnittlich 20 v. H. steht noch für 1. Februar in Aussicht. — Es ist weiter zu erwarten, daß die verlängerte Wochenendfahrten, die sich über die Weihnachtsfeiertage gut bewährt haben und dem Verkehr zugute gekommen sind, auch für die Oster- und später für die Pfingsttage eingeführt werden.

Selbstmord im Hauptbahnhof. Gestern abend kurz nach 10 Uhr stürzten sich ein 26jähriger Kraftwagenführer und ein 23-jähriges Mädchen, beide aus Worms, auf Bahnsteig IV vor einem einlaufenden Zug. Beide waren sofort tot. Über die Beweggründe der schrecklichen Tat konnte noch nichts in Erfahrung gebracht werden.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Donnerstagmorgen: Die Luftmassen, auf denen das kontinentale Hochdruckgebiet aufgebaut ist, sind jetzt in starkem Zusammenhänge begriffen. Die schon seit Tagen in der Höhe vorhandene Temperaturumkehr hat sich daher noch verstärkt, so daß heute früh auf den Schwarzwaldgipfeln 4–5 Grad Wärme gegenüber 5–6 Grad Kälte in der Rheinebene beobachtet wurden. Infolge des starken Zusammenstehens der Luft ist auch die Hochnebeldecke aufgelöst; es traten nur noch stellenweise örtliche Frühnebel auf. **Vorausgabe:** In tiefen und mittleren Lagen scharfe Nachfröste, am Tage meist heiter, auf dem Hochschwarzwald anhaltend heiteres und mildes Wetter mit Alpenföhn.

Wasserstände: Badstut 196 minus 3, Basel 6 minus 4, Schutterstein 51 minus 3, Rheintal 174 minus 4, Rühl 193 minus 6, Marau 373 minus 4, Mannheim 255 minus 5, Gaub 188 minus 3 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Wegen Vergehens gegen die Devisenverordnung verurteilt

W. B. Berra, 27. Jan. Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung sind die beiden Direktoren der hiesigen **Kredithypothekbank** heute mittag feigekommen und sofort dem Schnellrichter vorgeführt worden, der die beiden Angeklagten im Schnellverfahren zu je 3 Monaten Gefängnis und zu je 300 M Geldstrafe verurteilte. Da die beiden das Urteil nicht angenommen haben, wurden sie wegen Verdunkelungsgefahr in Untersuchungshaft abgeführt. Das Vergehen bestand darin, daß die beiden Direktoren eine langfristige ausländische Forderung nach Inkassotreten des ersten Stillhalteabkommens als kurzfristige behandelten und Rückzahlungen darauf vornahmen.

D. Mannheim, 28. Jan. Bis zum 31. Dezember v. J. sind für das **Mannheimer Hilfswerk**, das auf ein vierteljährliches Bestehen zurückblickt, in Geld und Naturalform rund 250 000 M. eingegangen.

D. Heidelberg, 26. Jan. Prof. Dr. Othmar Meisinger an der Mädchen-Realschule in Heidelberg wurde auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt. Er wirkte 9 Jahre lang als Professor am Lörracher Gymnasium und 8 Jahre am Mädchen-Gymnasium in Karlsruhe. Im Herbst 1920 wurde er an das Heidelberger Mädchen-Realgymnasium berufen. Hier hat er sich außer seiner Lehr- und wissenschaftlichen Tätigkeit als langjähriger Vorsitzender der Ortsgruppe des **Obenwaldklubs**, die ihn kürzlich zum Ehrenmitglied ernannte, um die Förderung des Schüler-Handwerks der Mädchen-Realschule sehr verdient gemacht. Krankheit zwang den herboragenden Schulmann leider, vorzeitig, im 60. Lebensjahre, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, den er in seiner Geburtsstadt Mappenaun verleben wird. Seine Heimat Mappenaun ist ihm besonders verbunden. Er hat sowohl seine Doktorarbeit „Über Mappenauner Mundart“, wie auch ein Werk über die „Volkstümme von Mappenaun“ herausgegeben.

W. G. Girsbach, 27. Jan. Im benachbarten **Kedarhausen** kam es dieser Tage zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den benachbarten Familien des Landwirts **Brecht** und des **Bädermeisters Gner**. Im Verlaufe eines heftigen Wortwechsels griffen Brecht und seine beiden Söhne zum Beil und anderen Gefährtschaften und schlugen in bestialischer Weise damit auf den Sohn des Bädermeisters ein, der so schwer verletzt wurde, daß er noch am Abend starb. Die Täter wurden festgenommen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	28. Januar		27. Januar	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.58	169.92	169.58	169.92
Kopenhagen 100 Kr.	80.12	80.28	79.97	80.13
Italien .. 100 L.	21.08	21.12	21.08	21.12
London .. 1 Pf.	14.56	14.60	14.51	14.55
New York .. 1 D.	4.200	4.217	4.209	4.217
Paris .. 100 Fr.	16.57	16.61	16.57	16.61
Schweiz .. 100 Fr.	82.07	82.23	82.10	82.26
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Braga .. 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Druck G. Braun, Karlsruhe

Der Verein „Karlsruher Börse“ (E. B.) hielt am 20. Jan. seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Georg Knorz, gab einen Überblick über das Börsenjahr 1931. Unter der Wirtschaftskrise hatte ganz besonders der Produktivanhandel zu leiden. Die Folgen seien große Opfer und da und dort bedauerliche Insolvenzen gewesen. Das Weingeschäft war im Jahre 1931 höchst unbefriedigend. Das Herbstgeschäft war flau, nur in billigen Rotweinen war der Absatz etwas belebter. Die Weinpreise haben sich seit dem Herbst gesenkt, der Absatz konnte sich aber trotzdem nicht heben. Es werden in Karlsruhe weiße und rote Weine literweise vom Faß im Laden oder im Hof zur Zeit von 35 Pf. an per Liter verkauft. Verbesserte weiße neue Konsumweine von einwandfreier Art kosten zur Zeit in der Pfalz 180 bis 230 M. per tausend Liter. In Baden, im Preisgau und in geringen Kaiserstuhlorten, sind neue Weine, besonders Naturweine, noch billiger zu haben. Das Spirituosengeschäft hat seit einigen Monaten etwas angezogen, ohne aber übermäßig lebhaft geworden zu sein. Der hohe Spirituspreis von 6 M. pro Liter 100prozentig ist immer noch der Hemmschuh für jede Besserung des Absatzes.

über 7 Mill. Reichsmark Bemberg-Verlust. Die Bilanz der F. B. Bemberg AG., Wuppertal-Oberbarren, für das am 30. September 1931 abgelaufene Geschäftsjahr schließt nach Übernahme von Abschreibungen in Höhe von 6 542 157 (7 545 817) Reichsmark mit einem Verlust von 7 069 172 M (14 Mill. Reichsmark) ab. Es soll der Hauptversammlung am 27. Februar 1932 vorgelegt werden, diesen Verlust in Höhe von 4 Mill. Reichsmark aus dem **Reservefonds** zu decken und den Rest von 3 069 172 M vorzutragen. Der vorjährige Rekonstrukt wurde vollständig aus dem Reservefonds gedeckt.

Ein Rekord der Bad. Rheinischbahn. Das Jahr 1931 bildet in der Entwicklungsgeschichte des Bad. Rheinischen einen Meilenstein. Dank den außerordentlich günstigen Bedingungen — die starken Regenfälle des Sommers 1931 hielt den Wasserstand auf einer Höhe, die einen fast ununterbrochenen Verkehr ermöglichte — belief sich der Umsatz auf 1 278 000 Tonnen, gegen ein wenig mehr als eine Million Tonnen im Vorjahr. Gegenwärtig bildet der Verkehr des Bad. Bahns den dritten Teil des gesamten Güterverkehrs des Bad. Bahnhofs; er übertrifft damit den Güterverkehr der Bahnhöfe Genf und Zürich, was auf die Bedeutung hinweist, die der Wasserweg für die Beziehungen der Schweiz zum Ausland, speziell mit Bezug auf die Einfuhr, erlangte. Das Jahr 1932 wird die Eröffnung des Rhein-Verbindungskanals bringen, der die Umschiffung des durch die Rheinische Schmelze gebildeten Hindernisses gestattet. Andererseits werden die Rheinregulierungsarbeiten zwischen Straßburg und Basel eifrig betrieben; sie werden auf der Strecke zwischen den beiden Städten einen schnelleren Verkehr ermöglichen.

Die französischen Einfuhrkontingentierungen. Nach einer amtlichen Pariser Mitteilung sind die für das erste Quartal 1932 festgelegten Einfuhrkontingente für Radioreisen für alle Länder mit Ausnahme von England und Holland erschöpft. Die Einfuhr von Radioreisen aus den Vereinigten Staaten ist bis auf weitere Verfügung verboten, aus den Niederlanden bis zum 1. April, aus den anderen Ländern ebenfalls bis zum 1. April.

Bekanntmachung.

Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 3 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 79) wird die in Heidelberg erscheinende Tageszeitung „Heidelberger Beobachter“ mit Wirkung vom 28. Januar 1932 auf die Dauer von 5 Tagen verboten. Das Verbot umfasst auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopffolblätter der Zeitung sowie jede angelegte neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 27. Januar 1932.

Der Minister des Innern

Maier.

Bekanntmachung

Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 3 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 79) wird die in Mannheim erscheinende Tageszeitung „Hakenkreuzbanner“ mit Wirkung vom 28. Januar 1932 auf die Dauer von 5 Tagen verboten. Das Verbot umfasst auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopffolblätter der Zeitung sowie jede angelegte neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Karlsruhe, den 27. Januar 1932.

Der Minister des Innern

Maier.

Losvertrieb.

Dem bayerischen Pferdezuchtverein in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb (49. Münchener Pferdealter) in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 25. Januar 1932.

Der Minister des Innern

J. B. Weigel.

Losvertrieb.

Der Verwaltung der St. Petri Kirche in Bremen wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 25. Januar 1932.

Der Minister des Innern

J. B. Weigel.

Losvertrieb.

Dem Landespferdezuchtverein für Hessen in Darmstadt und der Stadt Mainz wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 25. Januar 1932.

Der Minister des Innern

J. B. Weigel.



Badisches Landes-Theater

Freitag, 29. Januar 1932

F 17 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 401—500

Othello

Von Verdi

Dirigent: Schwarz

Regie: Kruscha

Mitwirkende:

Blatt, Winter, Friedrich,
F. Gröbinger, Gosbach,
Kahnbad, Böfer, Derner,
Strand

Aufs. 20 Ende geg. 23

Preise D (0,90—5,70 M)

Sa. 30. 1. Reueinstub: Der

Wideripenigen Jähmung
So. 31. 1. Lobengrin. Im
Konzertsaal: Der Bitter
aus Dingoda.